



# HESSISCHER LANDTAG

10. 03. 2010

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Gremmels und Siebel (SPD) vom 21.01.2010**

**betreffend Datenschutz von Überweisungsdaten**

**und**

## **Antwort**

**des Ministers der Justiz, für Integration und Europa**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Wie ist die Umgangspraxis mit Personendaten bezüglich Prozesskostenerstattung im justiziaren Bereich des Landes Hessen

Es wird davon ausgegangen, dass hier der Umgang mit Personendaten *im Zahlungsverkehr* gemeint ist und dass der Begriff "Prozesskostenerstattung" die Bereiche Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe umfasst.

Hinsichtlich der Darstellung der Umgangspraxis wird auf die Erläuterungen zu den Fragen 2. und 3. Bezug genommen.

Frage 2. Welche Angaben werden von den jeweiligen Justizbereichen bei der Überweisung von Prozesskostenhilfe- und Beratungshilfeerstattung auf dem Bank-Datenträger angegeben und ist es für Banken möglich, über diese Angaben weitere Angaben über die Zahlungsempfängerin/den Zahlungsempfänger ausfindig zu machen?

Frage 3. Gibt es Handlungsanweisungen, die regeln, welche Daten unter keinen Umständen enthalten sein dürfen?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Zahlungen in den genannten Verfahrensbereichen grundsätzlich auf die Bankkonten von Rechtsanwälten erfolgen. Direkte Zahlungen an diejenigen Personen, denen Prozesskostenhilfe bewilligt oder Beratungshilfe gewährt wurde, sind nicht vorgesehen, da nur ein Vergütungsanspruch des Rechtsanwaltes gegen die Staatskasse besteht. Grundsätzlich ist es daher für das Kreditinstitut nicht möglich, mittels des Überweisungstextes eindeutige Rückschlüsse bezüglich derjenigen Personen zu ziehen, die um Beratungs- oder Prozesskostenhilfe nachgesucht haben.

Mit Erlass des Hessischen Ministeriums der Justiz vom 20. Mai 2008 (Az.: 5221-I/B4- 2008/5019-I/B) wurde festgelegt, dass in die Überweisungstexte lediglich folgende Daten aufzunehmen sind:

- Gerichtliches Zeichen
- das Zeichen des Geschäftspartners
- die Bezeichnung der Sache

Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass die Angaben "Strafsache", "Bußgeldsache", "Prozesskostenhilfe", "PKH" etc. im Text der Überweisung zu unterbleiben haben.

Der Erlass beziehungsweise die darin enthaltene Vorgabe wurde durch Rundverfügungen der Mittelbehörden gegenüber ihrem jeweiligen Geschäftsbereich bekannt gegeben.

Neben den oben genannten Angaben erfolgen zum Teil auch weitere Angaben (Dienststellennummer, Entschädigungskennzahl, Belegnummer).

Stichprobenhafte Überprüfungen der Buchungen in Prozesskostenhilfe- und Beratungshilfesachen haben ergeben, dass gelegentlich auch die Verfahrensart angegeben wurde. Auf die Notwendigkeit der Beachtung des oben genannten Erlasses vom 20. Mai 2008 wurde erneut hingewiesen.

Im Übrigen wurde aus dem Geschäftsbereich berichtet, dass einige Rechtsanwälte Referenzen angeben, in denen Angaben enthalten sind, die ausweislich des Erlasses vom 20. Mai 2008 gerade nicht erfolgen sollen. Die Referenz ist aber grundsätzlich in den Überweisungstext aufzunehmen, da es dem Zahlungsempfänger möglich sein muss, die Zahlungen zuzuordnen und die angegebene Referenz in der Regel das hierfür maßgebliche Ordnungskriterium darstellt.

Einem sachverständigen Dritten ist es grundsätzlich möglich, aus den Angaben des gerichtlichen Aktenzeichens auf die Verfahrensart zu schließen, da das gerichtliche Aktenzeichen nach den Bestimmungen der Aktenordnung (AktO) gebildet wird.

Frage 4. Wie wird dem Umstand Rechnung getragen, dass nach dem SWIFT-Abkommen, die Überweisungsdaten außerhalb des Bundesgebietes gespeichert und anstandslos an die USA weitergegeben werden können?

Das Europäische Parlament hat am 11. Februar 2010 die Zustimmung zu dem Abkommen zwischen der EU und den USA über den Austausch von Bankdaten verweigert.

Frage 5.: Ist eine juristische Praxis ohne Preisgeben des Namens und anderer für Laien zur Identifikation möglicher Daten möglich, und wie handhaben es andere Bundesländer?

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass nicht in jedem Fall Referenzdaten vorhanden sind, so dass die Angabe des Verfahrensbeteiligten in diesem Fall der eindeutigen Zuordnung des Zahlungseingangs durch den Rechtsanwalt dient.

Andererseits kann der Name eines Verfahrensbeteiligten auch in der anwaltlichen Referenz enthalten sein. Auf die Angabe der Referenz sollte jedoch zur Gewährleistung einer eindeutigen Zuordnung des Zahlungseingangs durch den Rechtsanwalt grundsätzlich nicht verzichtet werden.

Erkenntnisse über die Handhabung in anderen Bundesländern liegen hier nicht vor.

Frage 6. Wieso gab es bereits Fälle, in denen Personen eindeutig identifizierbar waren und somit u.U. persönlich geschädigt wurden?

Fälle, in denen Personen zu deren Nachteil eindeutig identifizierbar waren, sind ausweislich einer Abfrage im hiesigen Geschäftsbereich nicht bekannt.

Wiesbaden, 29. Februar 2010

**Jörg-Uwe Hahn**